Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2014-10-28

Dezernat/ Amt: II / Amt für Jugend, Schule
und Sport
Bearbeiter/in: Herr Tillmann
Telefon: 545 - 2042

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00131/2014

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Neufassung Entgeltordnung der Hallenbäder der Landeshauptstadt Schwerin vom
11.05.2009

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Entgeltordnung der Hallenbäder der Landeshauptstadt Schwerin in der vorliegenden Form und nimmt die Betriebskonzeption vom 28.10.2014 zur Kenntnis.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Mit dem Beschluss der Stadtvertretung vom 25.10.2010 wurde die Grundlage für den Ersatzneubau der Schwimmhalle auf dem Großen Dreesch geschaffen. Gleichzeitig wurde durch die Stadtvertretung ein maximaler Betriebskostenzuschuss von 600 T€ beschlossen. Zur Sicherstellung bedarfsgerechter Angebote für die Bevölkerung, die Durchführung des Schulschwimmens und die Versorgung des Vereinssports mit Trainings- und Wettkampfzeiten ist eine entsprechende Betriebskonzeption erstellt worden. Seit der Beschlussfassung haben Tarifierhöhungen und Preissteigerungen zu einer steten Erhöhung des Betriebskostenzuschuss geführt und machen somit eine Anpassung der Entgeltordnung vor dem Hintergrund der vorgenannten kommunalen Aufgaben unumgänglich.

Im Übrigen empfiehlt der beratende Beauftragte ebenfalls eine Anpassung der Entgelte. Die Anpassung der Entgeltordnung ist zudem Bestandteil des Haushaltssicherungskonzepts.

Die Entgeltordnung wurde mit Blick auf die Vorgabe des von der Stadtvertretung beschlossenen Betriebskostenzuschusses angepasst. Dabei wurden die Preise für das Bevölkerungsschwimmen bei gleichzeitiger Verlängerung der Nutzungszeit moderat angehoben. Der Warmbadetag entfällt künftig, da das Variobecken konstant mit der bisher üblichen Warmbadetemperatur von 29°/ 30°C betrieben wird.

Die Nutzungsentgelte für Gruppen und Vereine wurden ebenfalls angepasst. Hier wurde versucht, die Sportvereine im Verhältnis zu kommerziellen oder privaten Nutzungen weniger zu belasten.

In die neue Entgeltordnung wurden neben den notwendigen Erhöhungen auch einige Neuerungen bzw. wesentliche Veränderungen mit aufgenommen. Künftig gilt die Entgeltordnung somit auch für die Schwimmhalle des Mecklenburgischen Förderzentrums, deren Entgelte sich bisher nur an die ursprüngliche Ordnung angelehnt haben.

Des Weiteren wurde das Vergabeverfahren für regelmäßig genutzte Zeiten neu strukturiert. Regelmäßige Nutzungen können hiernach bis zum 30.06. eines Kalenderjahres für das kommende Schuljahr beantragt werden. Dadurch wird dem zuständigen Amt die Möglichkeit gegeben, eine bedarfsgerechte und für alle Seiten akzeptable Verteilung der möglichen Zeiten vorzunehmen und die Auslastung insgesamt zu optimieren.

Das Entgelt für das Schulschwimmen wird beginnend mit dem Schuljahr 2015/ 2016 unabhängig von Schulart oder Standort kostenbezogen erhoben. Für die öffentlichen Schulen mit Sitz in Schwerin erfolgt dies durch eine interne Leistungsverrechnung bzw. Umbuchung im Teilhaushalt 5. Der für das jeweilige Schuljahr geltende Kostensatz je Bahn wird durch das für Sport zuständige Amt der Landeshauptstadt Schwerin bis zum 30.06. eines jeden Jahres veröffentlicht und gilt für das kommende Schuljahr.

Neu in der Entgeltordnung sind die Gebühren für die Benutzung des Parkplatzes. Hier wurde eine Unterscheidung der Gebühren zugunsten der Nutzer der Schwimmhalle gegenüber anderen Nutzern getroffen, da der Parkplatz vorrangig dem erstgenannten Personenkreis zur Verfügung steht.

In Erweiterung der ursprünglichen Entgeltordnung wurde eine dritte Benutzergruppe „Familien“ aufgenommen. Diese gilt für einen oder zwei Erwachsene mit zwei oder mehr Kindern. Somit kommen auch ausdrücklich alleinstehende Eltern und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit ihren Kindern in den Genuss einer Familienermäßigung.

Ergänzt wurde die Entgeltordnung um bisher nicht benannte Leistungen, die aber bereits durchgeführt bzw. angeboten wurden. So gibt es jetzt z.B. auch die Möglichkeit einer Duschkarte.

2. Notwendigkeit

Zur Einhaltung des maximalen Betriebskostenzuschusses von 600T€ ist eine Anpassung der Entgelte zwingend notwendig. Ohne eine Erhöhung der Entgelte ist die Einhaltung dieser Vorgabe nicht möglich.

3. Alternativen

keine

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine wesentlichen Auswirkungen

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein
ja (Schulschwimmen)

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes
(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):
Verbesserung Einnahmesituation

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):
s. Punkt e)

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

- Neufassung Entgeltordnung Hallenbäder
- Betriebskonzeption Schwimmhalle „Großer Dreesch“

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin